

**Kultur des Friedens:
Gedanken zu politischen Herausforderungen und Zukunft**

Angela Kane
Dresden, 3. November 2022

Die letzten Jahre haben unser Vertrauen in unsere Sicherheit, in eine Zukunft, in der wachsender Wohlstand eine Selbstverständlichkeit ist, stark erschüttert. Die Generation, die den Zweiten Weltkrieg erlebt hat, stirbt aus; die Erinnerungen an die Grauen des Krieges, an die Entbehrungen, an die Verluste – das ist inzwischen Geschichte, nicht mehr Selbst-Erlebtes.

Aber Frieden versteht sich nicht nur als Abwesenheit von Krieg und physischer Gewalt, sondern konzentriert sich auf den Inhalt und die Bedingungen des Friedens. Konflikte prägen einen großen Teil der menschlichen Wirklichkeit, von Situationen der Diskriminierung oder Ungerechtigkeit hin zu bewaffneter Gewalt und zwischenstaatlichem Krieg. Wir stehen vor der Herausforderung, zur Entwicklung einer Denkweise beizutragen, die den Übergang von der Gewalt zur Vernunft und von Konflikt zu Dialog fördert. Das ist die Schaffung einer Kultur des Friedens sowohl zwischen den Menschen innerhalb einer Gesellschaft als auch zwischen Gesellschaften und Völkern.

Die Vereinten Nationen wurden im Jahr 1945 gegründet, mit der zentralen Mission „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“. Dafür hat die Uno mehrmals den Friedensnobelpreis erhalten. Die weltweite Zunahme von Kriegen und gewaltsamen Krisen und Konflikten zeigen jedoch: Frieden zu schaffen ist eine große Herausforderung, Frieden zu wahren wird immer schwieriger.

Es ist unumstritten, daß die letzten Jahrzehnte unsere Welt völlig umgeformt hat. Die Weltordnung hat sich grundlegend geändert. Die 54 Staaten, die die Vereinten Nationen 1945 gründeten, sind auf 193 angestiegen; viele afrikanische Länder wurden in den sechziger Jahren unabhängig, die Sowjetunion brach vor dreißig Jahren auseinander, das frühere Jugoslawien wurde in mehrere Staaten aufgeteilt. Die Europäische Union wurde größer und bekam mehr Mitglieder, eine gemeinsame Währung wurde beschlossen – und der wachsende Wohlstand in Europa – aber auch in vielen anderen Ländern – wurde als selbstverständlich gesehen. Es ging uns ja so gut, und selbst einige schwere Krisen – wie zum Beispiel die globale Finanzkrise von 2008 – wurden überwunden und hinterließen keine nachhaltigen Spuren. Krisen, das schaffen wir schon, dachten wir alle.

Was ist nun in den letzten Jahren passiert? Erst kam die Annexion der Krim durch Rußland 2014 – aber die Reaktion war verhalten, trotz des Budapester Memorandums über Sicherheitsgarantien, in dem Frankreich, Großbritannien und Rußland der Ukraine die Unabhängigkeit und Souveränität in ihren Grenzen versicherten. Die Krim-Annexion wurde kritisiert, Sanktionen wurden verhängt, aber die Kritik verhallte schnell und hinterließ keine weitreichenden Folgen.

Ein Jahr später (2015) kam die Flüchtlingskrise, die Tausende Hilfesuchende nach Europa brachte. Das nächste Jahr, 2016, stellte das Ergebnis des Brexit-Referendums unser Gefühl der Selbstzufriedenheit auf den Kopf. Das Erfolgsmodell Europäische Union hatte Kratzer bekommen.

Danach folgte COVID-19 und erschütterte unsere Selbstsicherheit, unser Sicherheitsgefühl, denn die Pandemie zeigte, daß wir auf einen solchen Einbruch des Gesundheitssystems vollkommen unvorbereitet waren – und dies trotz früherer Pandemien, die wir erlebt hatten, wie Ebola, SARS, H1N1. Mit COVID verloren weltweit mehr als sechs Millionen Menschen ihr Leben, und mehr als 530 Millionen wurden mit COVID infiziert. Heute, zweieinhalb Jahre später, haben wir gelernt, mit der Krankheit zu leben – aber vorbei ist sie nicht.

Geopolitische Spannungen nahmen während der COVID Pandemie stark zu, zum Teil auch weil die Ursache des Ausbruchs nicht definitiv geklärt werden konnte (war es ein natürlicher Ausbruch im Wuhan Markt oder ein Fehler im Bio-Labor, der hätte verhindert werden können?). China wies jeden Vorwurf sofort zurück, und die fehlende Transparenz und die Weigerung, Einblick in die anfänglichen Vorgänge in Wuhan zu geben, stärkten das Vertrauen nicht.

Die letzten Jahre haben gezeigt, daß Konflikte nicht nur direkte, sondern auch indirekte und strukturelle Ursachen haben, wie Armut, politische Diskriminierung und - vor allem in den letzten Jahren - Umwelt- und Klimaveränderungen.

Die Klimakrise ist ein geopolitischer Brennpunkt. Steigende Temperaturen, extreme Dürre, Überschwemmungen, schmelzende Gletscher und frühlingshafte Temperaturen in der Arktik machen uns bewußt, daß kleine Schritte der Anpassung (sogenannte 'baby steps') hoffnungslos unzureichend sind. In den letzten 50 Jahren ist die Konzentration von Kohlendioxid von 327 Teile pro million (ppm) auf 420 ppm gestiegen, das ist weit über der sicheren Obergrenze von 350 ppm, und zwar 20% über der Obergrenze. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zwei Milliarden Einwohner in der Welt; heute sind es fast acht Milliarden. Unser Ressourcenverbrauch ist dadurch enorm gestiegen, und die Kluft zwischen arm und reich ist sehr viel größer geworden.

In Pakistan, wo im September verheerende Überschwemmungen große Schäden verursachten und tausende Menschenleben forderten, ist nur ein Beispiel der Konsequenzen von steigenden Temperaturen und den Veränderungen im Klima. Aber wir müssen uns auch darüber bewußt sein, daß zum Beispiel im Jahre 1947 nur 35 Millionen Menschen in diesem Teil Pakistans lebten. Heute sind es mehr als fünfmal so viel, 200 Millionen. Die Verheerung ist desto größer.

Die Vereinten Nationen verfügen über ein vielseitiges Instrumentarium zur Sicherung und Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in Konfliktgebieten, aber es braucht neue Instrumente, die für ein friedliches Miteinander miteinbezogen werden müssen.

Früher war Frieden die Abwesenheit von Krieg, aber heute brauchen wir mehr: die Einhaltung internationaler Verträge, die Wahrung von Würde, Rechten und Möglichkeiten jedes einzelnen Menschen. Nur so schaffen wir eine Kultur des Friedens.

Aber auch der Abbau sozialer Ungerechtigkeit ist ein Kennzeichen des positiven Friedens.

Die Uno-Vollversammlung hat bereits im Jahre 1999¹ eine Erklärung und ein Aktionsprogramm für die Kultur des Friedens ausgerufen, und eine Internationale Dekade für eine Kultur des Friedens² beschlossen. Die Ausführung wurde UNESCO übertragen, im Einklang mit ihrem Statut, das in der Präambel besagt:

*Da Kriege im Geist der Menschen entstehen,
muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.*

Die UNESCO versteht die Kultur des Friedens als alltägliche Denkweise, als Verhaltensweise und Lebensweise des einzelnen und der Gesellschaft. Sie beruht auf der Achtung der Menschenrechte, auf Partizipation, auf Dialog und auf Zusammenarbeit.

Diese Kultur zu fördern ist ein mühsamer Weg: er verlangt eine Einführung in die Kultur des Friedens und in die Friedenserziehung, die vorwiegend Schulen und Bildung zur Arbeit an der Kultur des Friedens übertragen wird.

Wir können nicht umhin, zuzugeben, daß die internationale Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte sich in der tiefsten Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs befinden. Statt eines zunehmenden Populismus, Nationalismus und Bilateralismus brauchen wir eine neue Vision einer gerechten Weltordnung und eine Stärkung statt Schwächung internationaler Organisationen.

Eine solche Vision findet vor allem Ausdruck in der Agenda 2030 mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen, die die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2015 verabschiedete. Aber zu der Umsetzung braucht es weitsichtige Politikerinnen und Politiker, die diese Vision einer sozial gerechten und friedlichen Welt und die Erhaltung unseres Planeten für zukünftige Generationen über ihre kurzfristigen nationalen Ziele stellen. Es braucht Staatsoberhäupter und Politiker, die die Oberhoheit der multilateralen Politik über die Profitinteressen globaler Konzerne zurückgewinnen wollen.

Dazu bedarf es aber auch einer Rückbesinnung auf die Gründe des Multilateralismus. Viele der Probleme, die uns konfrontieren, sind grenzüberschreitend, können nur als globales Projekt funktionieren. Der Klimawandel hat uns dies in den letzten Jahren verstärkt klargemacht.

Denn Klimawandel ist nicht nur die Energiekrise, die eine Abkehr von den fossilen Energieträgern fordert, sondern der Klimawandel hat auch starke Auswirkungen auf

¹ Resolution A/53/243 of 13 September 1999

² A/RES/53/25 of 10 November 1998

Konfliktsituationen in ärmeren Ländern, wo zum Beispiel Wasserquellen oder Seen austrocknen, wo zunehmende Wüstenbildung die landwirtschaftliche Bearbeitung oder das Weiden von Herden unmöglich macht. Dies verschärft die Konkurrenz um Ressourcen, und es gibt auch bewaffneten Gruppen mehr Chancen zur Rekrutierung, wodurch der Staat geschwächt wird und – ein weiterer destabilisierender Faktor – die Migration zunimmt.

Wir müssen uns verankern in eine neue Kultur des Friedens, der Solidarität und der Menschenrechte, also jener Ziele, denen sich die Uno und die UNESCO bei ihrer Gründung verschrieben hatten. Die Agenda 2030 war ein guter Schritt in diese Richtung, aber durch die COVID-Pandemie und den wirtschaftlichen Einbruch ist die erhoffte Verwirklichung bis 2030 nicht mehr gegeben.

Bevor ich zum Thema Kultur des Friedens zurückkehre, will ich noch ein Thema ansprechen, das uns alle bewegt:

Die Folgen der Invasion Rußlands in die Ukraine

Hatten wir anfänglich gehofft, daß die „militärische Spezialoperation“, wie Putin die Ukraine-Invasion nennt, schnell vorübergeht, so hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Seit Februar wird in der Ukraine gekämpft. Der Krieg Rußland-Ukraine ist nicht mehr Politik-Thema Nummer Eins, die Berichterstattung findet man inzwischen auf Seite 3 oder 4 der gedruckten Presse. Der Krieg ist Alltag geworden, nicht mehr Sensation. Und er wird noch lange andauern.

Europa und die USA finanzieren Ukraine und versorgen sie mit Waffen – ist das auf die Dauer haltbar, vor allem angesichts der finanziellen Schwierigkeiten aufgrund der steigenden Energie- und Lebenskosten? Und wie lange kann die Bevölkerung der Ukraine, so tapfer sie auch kämpfen, der Bombardierung, der täglichen Zerstörung ihrer Infrastruktur trotzen?

Rußland beschafft sich Waffen aus Nordkorea und dem Iran und hat Schwierigkeiten, Nachschub von Soldaten zu bekommen, mußte deshalb eine Teilmobilisierung erlassen; eine Maßnahme, die auf starken öffentlichen Widerstand stößt. Die Referenda, die in ukrainischen Ost-Gebieten ausgerufen wurden, dienen dazu, diese Territorien ins russische Vaterland zu holen und damit wird der Krieg legitimisiert: Rußland verteidigt „sein“ Land mit allen Maßnahmen: mit dem Einsatz von Nuklear-Waffen wird gedroht.

Wirken die Sanktionen? Bislang hat Rußland sein Öl weiterhin gut verkaufen können, es ist halt Mangelware am Markt, und besonders China und Indien profitieren davon, auch wenn Premierminister Modi Rußlands Invasion der Ukraine kritisiert hat. Wir sollten aber nicht vergessen, daß Indien Mitglied des UN-Sicherheitsrats ist und mit Rußland abstimmt.

Ein Wort zu China: politisch gesehen ist die starke Freundschaft Rußland-China eine Entwicklung gegen den Westen.

Es ist klar, dass Russland als Juniorpartner Chinas Rolle und Einfluss weltweit weiter stärkt, und die derzeitige Bipolarität zwischen den USA und China bestätigt. Die wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit zwischen China und Russland wurde vor fast zehn Jahren auf den militärischen Bereich ausgeweitet, damals angeheizt durch die Pattsituation im UN-Sicherheitsrat über Syrien. Die beiden Länder haben gemeinsame Kriegsspiele abgehalten, darunter Marineübungen und Patrouillen von Langstreckenbomben über dem Japanischen Meer und dem Ostchinesischen Meer.

Welchen Vorteil wird China aus diesen Entwicklungen ziehen? Einen Konflikt mit den USA wegen Taiwan riskieren, jetzt wo die USA/NATO voll damit beschäftigt sind, die Krieganstrengungen der Ukraine zu unterstützen? Noch mehr Machtspiele im Südchinesischen Meer? Können wir behaupten, daß wir noch in einer friedlichen Welt leben? Oder – zusätzlich zu Ukraine - steht uns ein weiterer Krieg bevor?

Zurück zur Kultur des Friedens

Wie können wir diese Entwicklungen mit dem Bekenntnis zu der Erklärung einer Kultur des Friedens vereinbaren? Die COVID-Pandemie hatte bereits deutlich gezeigt, daß Spaltungen und massive Ungleichheiten in der Welt stark zugenommen haben. Wie können wir diesen Trend aufhalten und - nicht nur das - auch rückgängig machen?

Als langjährige Uno-Diplomatin bleibe ich der Auffassung, das Glas ist halbvoll und nicht halbleer. Und so sehe ich auch die Bemühungen der Generalversammlung, die Kultur des Friedens weiterhin zu fördern.

Resolutionen zu dem Thema werden verabschiedet, die ich nicht alle aufzählen will, aber die entscheidend für die weitere Aufarbeitung des Themas sind. So wurde das Jahr 2000 als Internationales Jahr der Kultur des Friedens³ ausgerufen. Darauf folgte das Jahrzehnt 2001 - 2010 als Internationale Dekade der Kultur des Friedens und Nicht-Gewalttätigkeit für die Kinder in der Welt⁴.

Das Jahr 2010 war das Internationale Jahr für die Annäherung der Kulturen, und das Jahrzehnt 2013-2022 die Internationale Dekade für die Annäherung der Kulturen. In diesem Zusammenhang ist auch die Agenda 2030 zu erwähnen, deren Ziel 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) die Kultur des Friedens beinhaltet.

Diese Entscheidungen der Generalversammlung dienen dazu, Erklärungen von Staaten zu fordern, Berichte des Generalsekretärs zu diskutieren und die Kultur des Friedens zu erklären und zu unterstützen. In einer Resolution von 2018⁵ wird der Generalsekretär aufgefordert, eine

³ A/RES/52/15 of 20 November 1997

⁴ A/RES/53/25 of 10 November 1998

⁵ A/73/126 of 19 December 2018 on Follow-up to the Declaration and Programme of Action on a Culture of Peace; and A/73/129 of 20 December 2018 on Promotion of interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace

Übersicht der Aktivitäten zum Thema Kultur des Friedens vorzulegen, was ein Jahr später, im Oktober 2019⁶ geschah.

Regelmäßig seit 2012 und auch dieses Jahr wurde ein hochrangiges Forum vom Präsidenten der Generalversammlung einberufen⁷, aufgrund einer Resolution⁸, die ein solches Forum forderte mit der Auflage, die Staaten sollten ihren Verpflichtungen zur vollständigen und wirksamen Umsetzung der Erklärung und des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen über eine Kultur des Friedens erneuern, mit besonderem Schwerpunkt auf der Förderung der Friedenskonsolidierung durch die Gewährleistung von Gerechtigkeit, Gleichheit und Inklusion.

Dieses hochrangige Forum dauert einen ganzen Tag. Die Eröffnungsrede des Präsidenten war kurz und generell gehalten: keine Erwähnung von dem Krieg in Ukraine oder anderen Konflikten. Die Schlußrede war noch kürzer: ein Dank an die Anwesenden. Keine Presseerklärung dazu war zu finden, keine Reden der Staaten, die teilgenommen hatten. Auch die Webseite von UNESCO ist nicht sehr ergiebig: die jüngste Veröffentlichung zur Kultur des Friedens stammt aus dem Jahr 2002; eine veröffentlichte Übersicht der Programme von UNESCO-Mitgliedstaaten ist von 1998.

Jetzt könnte man zynisch meinen, wozu dient dieses hochrangige Forum des GV-Präsidenten? Wozu dienen die Erklärungen von Staaten, die aber nur wenig verwirklicht werden? Von denen die wenigsten wissen?

Hier klafft eine Lücke, die behoben werden kann. Wir alle haben die Verpflichtung, uns zu diesem Thema zu äußern, es mit anderen zu diskutieren, vor allem der jungen Generation. Sollte es nicht in den Schulen aufgegriffen werden, in den Universitäten, in der Presse, in den sozialen Medien, von der Zivilgesellschaft – und letztlich, von Politikern und Politikerinnen?

Was bedeutet nun dieser Begriff für uns?

Es gibt Probleme, die gefährlich sind, wenn man sie zu lange allein lässt. Nicht nur Krieg und Frieden, Rüstungskontrolle, sondern ich denke an Terrorismusbekämpfung, den Weltraum, Cyber-Bedrohungen, die Arktik, das Klima. Alle diese Themen sind international überschreitend, kennen keine Grenzen und alle erfordern Zusammenarbeit, Dialog, einen kontinuierlichen Austausch zwischen Beamten, Hochschulen und der Zivilgesellschaft, der nicht nur möglicherweise, sondern hoffentlich – zu einem Verständnis der Kultur des Friedens führt.

Unsere jetzigen kollektiven Sicherheitsmechanismen stehen unter Druck: viele der Vereinbarungen und Instrumente zur Krisenbewältigung, die in den Vereinten Nationen, der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und dem Europarat

⁶ A/74/476 of 3 October 2019, Report of the Secretary-General: Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace

⁷ <https://www.un.org/pga/76/culture-of-peace>

⁸ A/RES/76/68 of 9 December 2021

entwickelt wurden, sind nicht mehr „fit for the task“ - für die Aufgabe geeignet. Neue Konfliktfelder haben sich aufgetan, aber wir haben keine durchgreifenden Regeln, die wir anwenden können. Neue Instrumente müssen entwickelt werden. Auch ist der internationale Presse- und Informationsraum – und insbesondere die sozialen Medien – zunehmend verzerrt, politisiert und spaltet den politischen Diskurs.

Die Europäische Union war schon immer ein Verteidiger globaler Menschenrechtswerte, förderte einen auf den Menschen ausgerichteten Ansatz für Wachstum, menschenwürdige Lebensstandards, Gesundheitsversorgung, Zugang zu Bildung und angemessene Mindestlöhne. Wird und kann dieser Ansatz beibehalten werden? Schon jetzt erleben wir einen „Ich-zuerst-Ansatz“, wenn es um Energieversorgung und Aufnahme von Flüchtlingen geht, die EU-Solidarität ist schwer zu handhaben und ohne ein starkes deutsch-französisches Bündnis schwerer auf eine Linie zu bringen.

Frieden ist das Grundziel der Vereinten Nationen. Eine Kultur des Friedens ist nicht nur ein Bekenntnis, sondern gibt uns auch einen politische Handlungsimpuls. Frieden ist zerbrechlich und das Streben nach Frieden ist ein andauernder Prozess - nicht etwas, das man an einem Tag des Jahres aufgreift und dann beiseitelegt. Wir müssen ständig daran arbeiten; nicht nur an uns, sondern vor allem auch mit den jüngeren Generationen.

Wie geht es jetzt weiter?

Der Krieg in der Ukraine hat uns alle wachgerüttelt. Uns ist plötzlich bewußt geworden, wie fragil der Frieden ist. Das heißt aber auch, daß wir mehr tun müssen, um ihn zu wahren.

In meiner diplomatischen Uno-Erfahrung habe ich oft erlebt, wie wichtig Gespräche in einem Rahmen außerhalb des Rampenlichts sind. Nicht die öffentlichen Veranstaltungen, wo oft Reden für das nationale Publikum abgegeben werden, sondern die Beratungen im kleinen Kreis, hinter den Kulissen, weg von der Presse. Wichtige Annäherungsversuche finden oft in einem solchen Kreis statt, ein erstes Austasten einer Neuaufnahme der Beziehungen oder auch deren Vertiefung.

Eine Diskussion über die Kultur des Friedens ist ein generelles Thema, nicht belastet von gegenseitigen Anschuldigungen, sondern ein Anstoß, Überlegungen zu unserer gemeinsamen Zukunft, unserer Welt, die wir der nächsten Generation hinterlassen wollen, zu machen.

UNU-Flores hat mit dieser Veranstaltung heute bereits einen Anfang gemacht. Sie alle sind hier, um mir zuzuhören, um mitzudiskutieren, um Ideen einzubringen. Dafür bin ich dankbar und danke vor allem UNU-Flores, dieses Thema zum Tag der Vereinten Nationen als Mittelpunkt zu setzen.

* * *